

**Umbrüche im Parteienspektrum**

Eine Dokumentation des Beitrags  
von Prof. Renate Köcher  
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung  
Nr. 92 vom 20. April 2016

## INHALT

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 92 vom 20. April 2016, S. 8, unter dem Titel:

"Umbrüche im Parteienspektrum. Nichts ist für die Ewigkeit, schon gar nicht in der Politik. Deshalb ist ein Abgesang auf die Volksparteien noch längst nicht angebracht."

## TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Potentiale der Parteien
	A	2	Sollte die CSU in ganz Deutschland antreten?
	A	3	Umgang der Parteien mit der AfD
	A	4	Viele kennen Sympathisanten der AfD
	A	5	Weniger Kritik an Merkels Flüchtlingspolitik
	A	6	Wenig Vertrauen in die politische Bewältigung der Flüchtlingsituation
	A	7	Zweifel am Flüchtlingsabkommen mit der Türkei
	A	8	Bundestagparteien haben für die meisten unterschiedliche Profile
	A	9	Die meisten sehen keine Alternative zu Angela Merkel
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Sympathien für den Denkmittel
		2	Die Agenda der AfD
		3	Einschätzung der AfD
		4	Personen versus Programme

**Originalmanuskript**

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

## Umbrüche im Parteienspektrum

Die bemerkenswerten Ergebnisse der Landtagswahlen und die bundesweit gesunkene Unterstützung für CDU und SPD nähren Spekulationen über tektonische Verschiebungen in der Parteienlandschaft bis hin zur Prognose eines unaufhaltsamen Niedergangs der Volksparteien. Die Entwicklungen der letzten Monate lassen viele vergessen, wie stabil die Parteisympathien der Bürger in der ersten Hälfte der Legislaturperiode waren. Insbesondere die Unterstützung für die CDU/CSU schien wie zementiert bis in den Herbst letzten Jahres hinein. Erst mit der steilen Zunahme der Flüchtlingszahlen erodierte die Zustimmung, dann aber erdrutschartig. Die Dynamik dieses Sympathieverlusts nach der vorherigen, schon fast unnatürlichen Stabilität mahnt zur Vorsicht gegenüber Extrapolationen.

Auf alle Fälle haben sich die Potentiale für die Volksparteien seit dem letzten Jahr gravierend verringert. Bei der SPD ist dies bereits ein länger andauernder Prozess, bei den Unionsparteien eine dynamische Entwicklung erst seit dem Spätsommer des letzten Jahres. Kurz vor der Bundestagswahl 2013 lag der Anteil der Wahlberechtigten, für die die CDU/CSU bei

der Wahl grundsätzlich in Frage kam, bei 45 Prozent, zwei Jahre später, im August letzten Jahres, bei 44 Prozent, 2016 dagegen nur noch bei 31 Prozent; auf der Basis der Wahlwilligen mit konkreter Parteiangabe erreichen die Unionsparteien im bundesweiten Durchschnitt damit zurzeit ein Potential von 36 Prozent. Im selben Zeitraum ist das Potential für die SPD zwischen 2013 und 2015 zunächst von 37 auf 32 Prozent und bis 2016 auf 25 Prozent geschrumpft. Gegenläufig hat vor allem der Kreis Verunsicherter zugenommen. 2013 konnten oder wollten 12 Prozent der Wahlberechtigten keine Partei nennen, die für sie bei einer Bundestagswahl in Frage kommt, jetzt 28 Prozent.

Tabelle A 1

Dabei sind jedoch keineswegs nur die Potentiale der Volksparteien abgeschmolzen. Auch der Kreis der Wahlberechtigten, die sich vorstellen können, bei der nächsten Bundestagswahl für die Linke oder für die Grünen zu stimmen, ist heute geringer als vor der letzten Bundestagswahl. Der grandiose Erfolg der Grünen in Baden-Württemberg hat die ernüchternden Ergebnisse in den beiden anderen Bundesländern überdeckt. Ob die Grünen gestärkt oder geschwächt aus der Bundestagswahl im nächsten Jahr hervorgehen, ist noch keineswegs ausgemacht.

Gestärkt sehen sich zurzeit nur die Parteien, die nicht im Bundestag vertreten sind, die FDP und die AfD.

Die FDP erreicht zurzeit bei den Zweitstimmenwahlab-sichten 8 Prozent, die AfD zwischen 10 und 11 Prozent. Auf dem heutigen Stand ist entsprechend zu erwarten, dass im nächsten Bundestag ein breiteres Parteienspektrum vertreten sein wird. Ein nicht unbe-trächtlicher Anteil der Bürger findet sogar die Vorstellung verlockend, dass die Zahl der Op-tionen noch größer sein könnte. So würden es 28 Prozent begrüßen, wenn die CSU auch au-ßerhalb Bayerns auf dem Wahlzettel stünde – eine Vorstellung, die insbesondere die Anhän-ger von AfD und auch FDP reizt, überdurch-schnittlich auch die Anhänger der CDU.

Tabelle B 1

Tabelle A 2

Der Erfolg der AfD bei allen drei Landtags-wahlen wurde von den anderen Parteien wie von den Medien nahezu unisono kritisch kom-mentiert. Die Reaktion vieler Bürger fällt völ-lig anders aus. Fast die Hälfte der Bevölke-rung quittiert die Ergebnisse mit einer gewis-sen Genugtuung und ordnet sie als Denkwort für die etablierten Parteien ein – verbunden mit der Hoffnung, dass dies dort eine kritische Selbstreflexion auslöst. Der Kreis, der selbst mit der AfD sympathisiert, ist mit 11 Prozent wesentlich kleiner. Dass trotzdem 46 Prozent der Bevölkerung die Erfolge der AfD begrü-ßen, ist in erster Linie eine Protestnote an die Adresse der anderen Parteien.

Schaubild 1

Die im Bundestag vertretenen Parteien rea-gierten im letzten Jahr auf die Flüchtlingswel-le mit einer frappierenden Übereinstimmung.

In dieser Frage gab es weder einen gravierenden Dissens zwischen den Koalitionsparteien noch zwischen Regierung und Opposition. Gleichzeitig wurde dieser Kurs von der Mehrheit der Bürger zu keinem Zeitpunkt unterstützt. In einer bedeutenden Frage entstand damit eine tiefe Kluft zwischen weiten Teilen der Bevölkerung und den etablierten Parteien. Die Besorgnis der Mehrheit hatte im Parlament keinen Anwalt.

Dies ist die Basis für den derzeitigen Erfolg der AfD. Ihr wird von der überwältigenden Mehrheit zugeschrieben, dass sie sich für eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen und für strengere Asylgesetze einsetzt. 59 Prozent glauben, dass sie die deutsche Kultur verteidigen will, 40 Prozent, dass sie sich generell für die Interessen Deutschlands einsetzt. Auch die Abschaffung des Euro wird ihr nach wie vor in hohem Maße als politisches Ziel zugeschrieben, spielt aber in der Wahrnehmung der Agenda dieser Partei heute nicht mehr die dominierende Rolle.

Schaubild 2

Dies zeigt sich besonders deutlich bei den Anhängern der AfD. Während sie der Partei fast alle Ziele weit überdurchschnittlich zuordnen, gilt dies nur eingeschränkt für die Abschaffung des Euro. 49 Prozent der Bürger, 57 Prozent der Anhänger der AfD, sehen die Partei als Gegner der europäischen Währung.

Dagegen assoziieren sie über 90 Prozent der



Anhänger mit den Themen Flüchtlinge und Asyl, 90 Prozent mit der Verteidigung der nationalen Kultur, 89 Prozent mit dem Eintreten für nationale Interessen. Die heutige AfD ist etwas anderes als die „Lucke-AfD“ und wird von der Bevölkerung wie von den eigenen Anhängern auch anders wahrgenommen.

Die eigenen Anhänger sehen die AfD auch mit überwältigender Mehrheit als Anwalt einer stärkeren Bekämpfung von Kriminalität, eine Einschätzung, die immerhin 37 Prozent der Bevölkerung teilen. Innere Sicherheit wird in der Bevölkerung seit Jahren immer mehr zum Thema, das Bedrohungsgefühl nimmt seit längerem kontinuierlich zu. Lange Zeit sah die Bevölkerung primär oder sogar ausschließlich in der CDU/CSU den Garanten innerer Sicherheit.

Die Agenda, die der AfD zugeschrieben wird, trifft auf eine Bevölkerung, die sich nur langsam von der Verunsicherung und Beunruhigung der letzten Monate erholt. Mehrere der AfD zugeschriebenen Ziele finden durchaus breite Unterstützung. Gleichzeitig gilt sie jedoch immer weniger als „normale demokratische Partei“.

Der Anteil der Bürger, die bezweifeln, dass die AfD eine normale demokratische Partei ist, hat sich seit dem letzten Jahr von 62 auf 68 Prozent erhöht.

Schaubild 3

Die Mehrheit der Bevölkerung spricht sich auch gegen eine Zusammenarbeit der etablierten Parteien mit der AfD aus. Der Anteil, der für eine Zusammenarbeit votiert, liegt stabil bei rund 30 Prozent. Gleichzeitig ist die AfD jedoch keine stigmatisierte Partei, deren Anhänger Scheu haben, sich zu ihr zu bekennen. 45 Prozent der Bevölkerung haben in ihrem Bekanntenkreis Anhänger der AfD, die aus ihrer politischen Position keinen Hehl machen, in Ostdeutschland 52 Prozent. Dabei gibt es kaum Unterschiede zwischen den Generationen oder den sozialen Schichten. So berichten 50 Prozent der Facharbeiter von AfD-Sympathisanten in ihrem Bekanntenkreis, genauso 45 Prozent der leitenden Angestellten, Selbstständigen und freiberuflich Tätigen.

Tabelle A 3

Tabelle A 4

Eine Prognose, wie sich der Rückhalt für die AfD entwickeln wird, ist jedoch schwierig. Noch im Frühsommer vergangenen Jahres lag sie unter 5 Prozent. Ihr Aufstieg hängt eng mit der steilen Zunahme der Flüchtlingszahlen in der zweiten Jahreshälfte 2015 zusammen, die die Mehrheit der Bevölkerung zutiefst alarmierte. Zurzeit bildet sich mit der rückläufigen Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, auch die Beunruhigung der Bürger langsam zurück wie auch die Kritik an der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin.

Zu Beginn des Jahres stellten sich 65 Prozent der Bürger gegen den Kurs in der Flüchtlingsfrage, aktuell noch 51 Prozent.

Tabelle A 5

Dies ist ein signifikanter Rückgang; gleichzeitig überwiegt die Ablehnung jedoch immer noch bei weitem. Lediglich ein Fünftel der Bevölkerung unterstützt den Kurs der Regierung auf diesem Feld. Das Vertrauen, dass die Regierung die Probleme in den Griff bekommt, wächst zwar langsam; die Zweifel überwiegen jedoch nach wie vor. Auch das Abkommen mit der Türkei wird mit großer Skepsis gesehen. Lediglich 15 Prozent bewerten das Abkommen positiv, 49 Prozent sehen es kritisch, die übrigen trauen sich zum jetzigen Zeitpunkt noch kein Urteil zu.

Tabelle A 6

Tabelle A 7

Zurzeit spricht trotz der rückläufigen Flüchtlingszahlen wenig dafür, dass das Thema, das den Höhenflug der AfD eingeleitet hat, völlig in den Hintergrund tritt. Dagegen sprechen auch die kontroversen Debatten, die zurzeit in vielen Kommunen über die richtige Unterbringung der Flüchtlinge geführt werden. Nach der Erstaufnahme kommen die Flüchtlinge jetzt sukzessive in den Kommunen an, denen sie zugewiesen wurden. Damit rückt das Thema an viele Bürger näher heran. Nicht nur auf Bundesebene, auch in den Landkreisen und Kommunen wird sich entscheiden, ob die Besorgnis der Bürger weiter zurückgeht.

Trotzdem zeigt gerade das Flüchtlingsthema, welche durchschlagende Wirkung einzelne Ereignisse und Entwicklungen haben können – auf die Gesellschaft wie auf die politischen

Parteien und ihre Potentiale. Die weitere Entwicklung der Fluchtbewegungen in Richtung Europa wird ein Thema der nächsten Zeit sein, aber voraussichtlich nicht mehr vergleichbar dominieren wie in den letzten Monaten. Die Probleme der kommenden Monate und die damit verbundenen Themenzyklen haben entscheidenden Einfluss auf die weitere Entwicklung der Parteien. Zurzeit erreichen beide Volksparteien zusammen gerade einmal gut 56 Prozent und bislang sind keine Anzeichen einer Erholung zu erkennen. Beide Volksparteien kämpfen auch damit, dass sie in der Koalition zusammengeschweißt sind und sich damit kaum als Alternativen profilieren können. Auseinandersetzungen in einer Koalition zahlen sich in der Regel nicht aus. Die Wähler erwarten von Koalitionen eine konstruktive Zusammenarbeit und effizientes Regieren.

Tabelle B 1

Die Ängste der Parteien vor einem Profilverlust sind teilweise größer, als es gerechtfertigt ist. Zwar fällen 33 Prozent der Bürger das Urteil, dass sich alle im Bundestag vertretenen Parteien so ähnlich geworden sind, dass sie austauschbar wirken. Diesen Eindruck haben allerdings überdurchschnittlich politisch Desinteressierte, während die große Mehrheit der politisch Interessierten durchaus gravierende Unterschiede zwischen den Parteien erkennen kann. Die Bürger zeichnen auch durchaus klare und voneinander deutlich abweichende Profile der Parteien.

Tabelle A 8

Gleichzeitig haben gerade die letzten Land-

tagswahlen gezeigt, welche Bedeutung Personen zukommt. Die Wahlentscheidung in Baden-Württemberg war ein Votum für einen außerordentlich populären Ministerpräsidenten, das durch die Schwächung der Volksparteien nur noch eindrucksvoller ausfiel. Insgesamt 41 Prozent der Bevölkerung sind die Personen heute generell wichtiger als das Programm einer Partei, in Ostdeutschland sogar 45 Prozent. Sie lassen sich wesentlich davon leiten, ob die Personen, die eine Partei vertreten, einen kompetenten und vertrauenswürdigen Eindruck machen. Auch der über weite Teile der Legislaturperiode hohe Rückhalt für die CDU gründete in hohem Maße in dem Vertrauen in Angela Merkel. Bei aller Kritik an ihrem Kurs in der Flüchtlingsfrage sieht die Mehrheit nach wie vor auch keine überzeugende personelle Alternative.

Schaubild 4

Tabelle A 9

Zurzeit ist völlig offen, wie sich die Chancen der Parteien entwickeln, die alle bereits jetzt die Bundestagswahl im kommenden Jahr im Blick haben. Wer aus der aktuellen Schwächung der Volksparteien die längerfristige Prognose eines unaufhaltsamen Niedergangs ableitet, sollte nur zwei Bundestagswahlen zurückblicken: 2009 erreichten CDU/CSU und SPD zusammen gerade einmal 56,8 Prozent. Dies entspricht fast punktgenau der aktuellen Situation. Bei der nächsten Bundestagswahl 2013 entschieden sich dann zwei Drittel der Wähler für eine der Volksparteien.

## UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1388
Befragungszeitraum:	1. April bis 14. April 2016
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

## **Anhangtabellen**

Potentiale der Parteien

Tabelle A 1  
Bundesrepublik Deutschland  
Wahlberechtigte

FRAGE: "Welche Partei oder welche Parteien kämen für Sie bei der nächsten Bundestagswahl in Frage, welche könnten Sie sich vorstellen zu wählen?"

	Wahlberechtigte		
	Sept. 2013	August 2015	Januar 2016
	%	%	%
CDU/CSU .....	45	44	31
SPD .....	37	32	25
Bündnis 90/Die Grünen .....	28	18	16
Die LINKE.....	16	12	11
FDP .....	6	8	8
AfD .....	9	5	11
Keine Partei, unentschieden .....	11	12	28

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11013/II+III, 11042 und 11050



Sollte die CSU in ganz Deutschland antreten?

Tabelle A 2  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Die CSU kann man ja im Moment nur in Bayern wählen. Wie sehen Sie das: Fänden Sie es gut, wenn man die CSU auch außerhalb Bayerns, also in ganz Deutschland wählen könnte, oder fänden Sie das nicht gut?"

	Bevölk. insg.  %	Anhänger der -					
		CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	B.90/ Grüne %	Die Linke %	AfD %
Fände ich gut.....	28	35	20	42	13	21	47
Fände ich nicht gut.....	27	27	28	15	38	35	9
Ist mir egal.....	38	30	47	34	43	40	39
Keine Angabe.....	7	8	5	9	6	4	5
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11054, April 2016

Umgang der Parteien mit der AfD

Tabelle A 3  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es gibt ja unterschiedliche Ansichten darüber, wie die anderen Parteien mit der 'Alternative für Deutschland' umgehen sollten. Die einen sagen, dass man mit der 'Alternative für Deutschland' ruhig verhandeln und eventuell auch zusammenarbeiten sollte, andere sind strikt dagegen und verlangen, dass man die 'Alternative für Deutschland' politisch bekämpfen soll, und wieder andere sagen, es ist besser, wenn man sich gar nicht weiter um die 'Alternative für Deutschland' kümmert und sie überhaupt nicht beachtet. Was meinen Sie, wie sollten sich die anderen Parteien verhalten?"

	Bevölkerung insgesamt	
	2015	2016
	%	%
Verhandeln, eventuell auch zusammenarbeiten.....	31	30
Politisch bekämpfen.....	18	28
Nicht darum kümmern, nicht beachten .....	26	20
Unentschieden, keine Angabe.....	25	22
	<hr/>	<hr/>
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11034, 11054

Viele kennen Sympathisanten der AfD

Tabelle A 4  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Gibt es in Ihrem Bekanntenkreis Leute, die die AfD gut finden, oder kennen Sie da niemanden, der für die AfD ist?"

	Bevölk. insg.	West	Ost	Altersgruppen			
				16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60J. u.älter
	%	%	%	%	%	%	%
Es gibt Leute.....	45	44	52	45	46	51	40
Kenne da niemanden .....	42	43	37	38	41	40	45
Weiß nicht.....	13	13	11	17	13	9	15
	$\overline{100}$	$\overline{100}$	$\overline{100}$	$\overline{100}$	$\overline{100}$	$\overline{100}$	$\overline{100}$

Berufskreise

	Berufskreise				
	Angel. Arbeiter	Fach- arbeiter	Einf. Beamte	Angest./ Ltd. Beamte	Angest./ Selbst./ freie Berufe
	%	%	%	%	%
Es gibt Leute .....	46	50	44	45	45
Kenne da niemanden .....	41	35	43	43	43
Weiß nicht .....	13	15	13	12	12
	$\overline{100}$	$\overline{100}$	$\overline{100}$	$\overline{100}$	$\overline{100}$

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11050, Januar 2016

Weniger Kritik an Merkels Flüchtlingspolitik

Tabelle A 5  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie sehen Sie das speziell für die Flüchtlingspolitik: Sind Sie im Großen und Ganzen mit der Flüchtlingspolitik von Angela Merkel einverstanden oder nicht einverstanden?"

	Bevölkerung insgesamt	
	Januar 2016 %	April 2016 %
Einverstanden.....	16	21
Nicht einverstanden.....	65	51
Unentschieden.....	14	22
Kein Urteil.....	5	6
	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11050, 11054

Wenig Vertrauen in die politische Bewältigung  
der Flüchtlingssituation

Tabelle A 6  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie einmal an die Probleme und Aufgaben denken, die die Flüchtlingssituation mit sich bringt: Wie groß ist da ihr Vertrauen, dass die Regierung die Probleme auch in den Griff bekommt? Würden Sie sagen, Sie haben da ..."

	Bevölkerung insgesamt		
	Januar 2016	Februar 2016	April 2016
	%	%	%
"großes Vertrauen" .....	11	10	12
"weniger großes Vertrauen" .....	50	53	53
"kein Vertrauen" .....	32	31	25
Unentschieden, keine Angabe .....	7	6	10
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11050, 11052 und 11054

Zweifel am Flüchtlingsabkommen mit der  
Türkei

Tabelle A 7  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Die Europäische Union und die Türkei haben vor Kurzem ein gemeinsames Flüchtlingsabkommen geschlossen. Nach allem, was Sie wissen oder vermuten: Ist das alles in allem ein gutes Abkommen, oder ist das kein gutes Abkommen?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Gutes Abkommen.....	15
Kein gutes Abkommen .....	49
Keine Angabe.....	36
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11054, April 2016

Bundestagsparteien haben für die meisten unterschiedliche Profile

Tabelle A 8  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier unterhalten sich zwei über die Parteien in Deutschland. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?"  
(Bildblattvorlage)

	Bevölk. insgesamt	Politisch	
		interessiert	nicht interessiert
	%	%	%
"Ich finde, man erkennt keine großen Unterschiede mehr zwischen den Parteien im Bundestag. Die Ansichten und Programme der Parteien sind sich so ähnlich, dass sie austauschbar geworden sind" .....	33	28	38
"Das sehe ich anders. Sicher sind sich die Parteien im Bundestag in vielen Dingen einig, aber ihre Ansichten und Programme unterscheiden sich in wichtigen Punkten durchaus" .....	55	64	44
Unentschieden, keine Angabe .....	12	8	18
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11054, April 2016

Die meisten sehen keine Alternative zu  
Angela Merkel

Tabelle A 9  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, dass ein anderer Politiker die derzeitigen Probleme und Aufgaben besser in den Griff bekommen würde als Angela Merkel, oder glauben Sie das nicht?"

	Bevölkerung ingesamt
	%
Besser in den Griff .....	20
Glaube das nicht .....	57
Unentschieden, keine Angabe .....	23
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11052, Februar 2016



Zweitstimmen-Wahlabsicht Gesamtdeutschland – Allensbacher Berichterstattung für die Frankfurter Allgemeine Zeitung		Tabelle B 1 Gesamtdeutschland Wahlberechtigte Bevölkerung mit konkreter Parteiangabe						
<b>Zweitstimmen</b>		Gesamtdeutschland						
		CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
Bundestagswahl 27.09.2009		33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>36,0</b>	<b>13,5</b>	<b>24,0</b>	<b>11,5</b>	<b>10,5</b>	-	<b>4,5</b>
2010:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>33,0</b>	<b>8,0</b>	<b>28,0</b>	<b>16,0</b>	<b>9,5</b>	-	<b>5,5</b>
2011:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>33,5</b>	<b>5,0</b>	<b>28,5</b>	<b>19,0</b>	<b>7,5</b>	-	<b>6,5</b>
2012:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>35,5</b>	<b>4,5</b>	<b>29,0</b>	<b>14,5</b>	<b>6,5</b>	-	<b>10,0</b>
Bundestagswahl 22.09.2013		41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013:	<b>Jahresdurchschnitt*</b>	<b>39,5</b>	<b>5,5</b>	<b>26,0</b>	<b>12,5</b>	<b>7,5</b>	-	<b>9,0</b>
2014:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>40,5</b>	<b>4,0</b>	<b>26,0</b>	<b>10,0</b>	<b>8,5</b>	<b>6,0</b>	<b>5,0</b>
2015:	9. - 23. Januar	41,5	4,0	25,0	10,5	8,5	6,0	4,5
	1. - 12. Februar	41,0	5,0	25,5	9,5	9,0	6,0	4,0
	1. - 12. März	41,5	5,0	26,0	9,5	8,0	6,0	4,0
	28. März - 10. April	40,5	5,0	26,5	9,5	8,5	6,0	4,0
	2. - 18. Mai	41,5	5,0	25,5	9,5	9,0	5,0	4,5
	1. - 14. Juni	41,5	5,0	26,0	10,0	8,5	4,0	5,0
	1. - 31. Juli	40,5	5,5	25,5	10,0	9,5	4,0	5,0
	1. - 14. August	41,5	5,5	26,0	9,5	9,0	3,5	5,0
	15. - 31. August	41,0	6,0	25,5	10,0	9,0	4,0	4,5
	1. - 12. September	42,0	6,0	25,5	9,5	8,5	3,5	5,0
	3. - 16. Oktober	38,0	5,5	26,0	9,5	9,0	7,0	5,0
	19.Okt. - 2. November	37,5	5,0	26,0	9,5	8,5	8,0	5,5
	1. - 12. November	37,5	5,5	26,0	9,5	9,5	7,0	5,0
	28. Nov. - 10.Dezember	38,0	5,0	26,0	9,5	8,5	8,0	5,0
	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>40,0</b>	<b>5,0</b>	<b>26,0</b>	<b>10,0</b>	<b>9,0</b>	<b>5,5</b>	<b>4,5</b>
2016:	7. - 21. Januar	35,0	6,5	25,0	9,0	9,5	10,0	5,0
	1. - 11. Februar	33,5	7,0	24,0	10,0	10,0	10,5	5,0
	26.Feb. - 10. März	35,0	7,0	24,5	10,0	9,0	10,5	4,0
	1. - 14. April	33,5	8,0	23,0	11,0	9,0	10,5	5,0

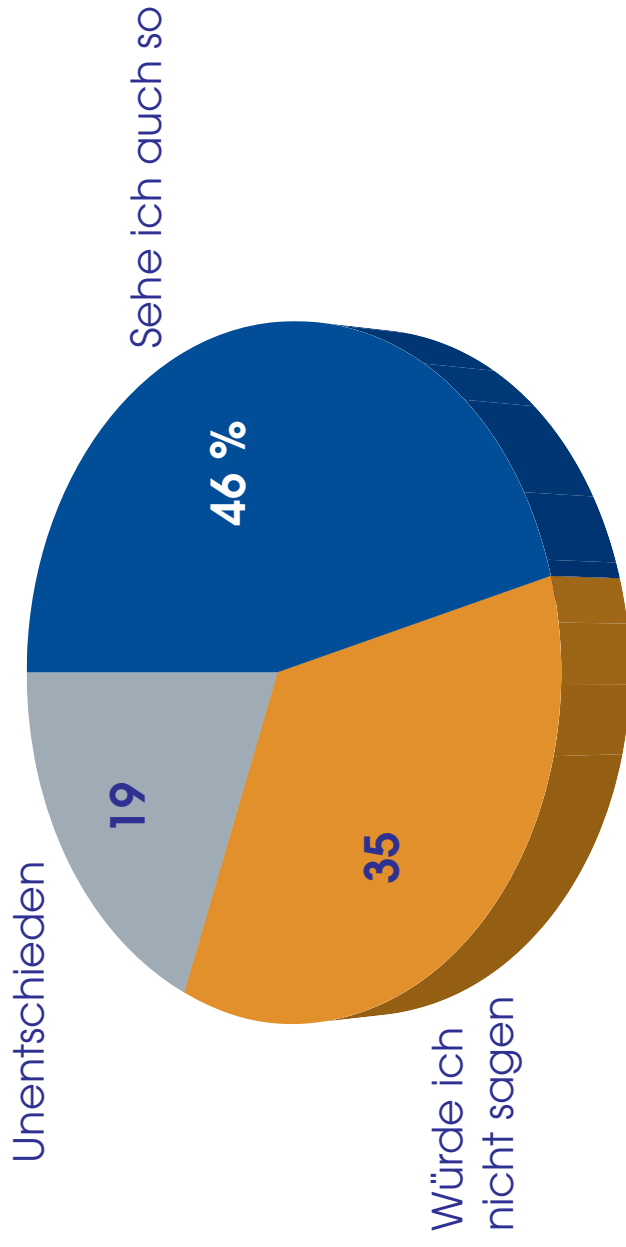
\*) Wert für AfD in Sonstige eingerechnet

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie

## **Schaubilder**

# Sympathien für den Denkzettel

“Ich bin nicht für die AfD, aber ich finde es gut, dass die AfD bei den letzten Landtagswahlen so gut abgeschnitten hat. Damit haben die anderen Parteien wenigstens einen Denkzettel bekommen und wissen, dass sie sich um eine Lösung der Probleme bemühen müssen”

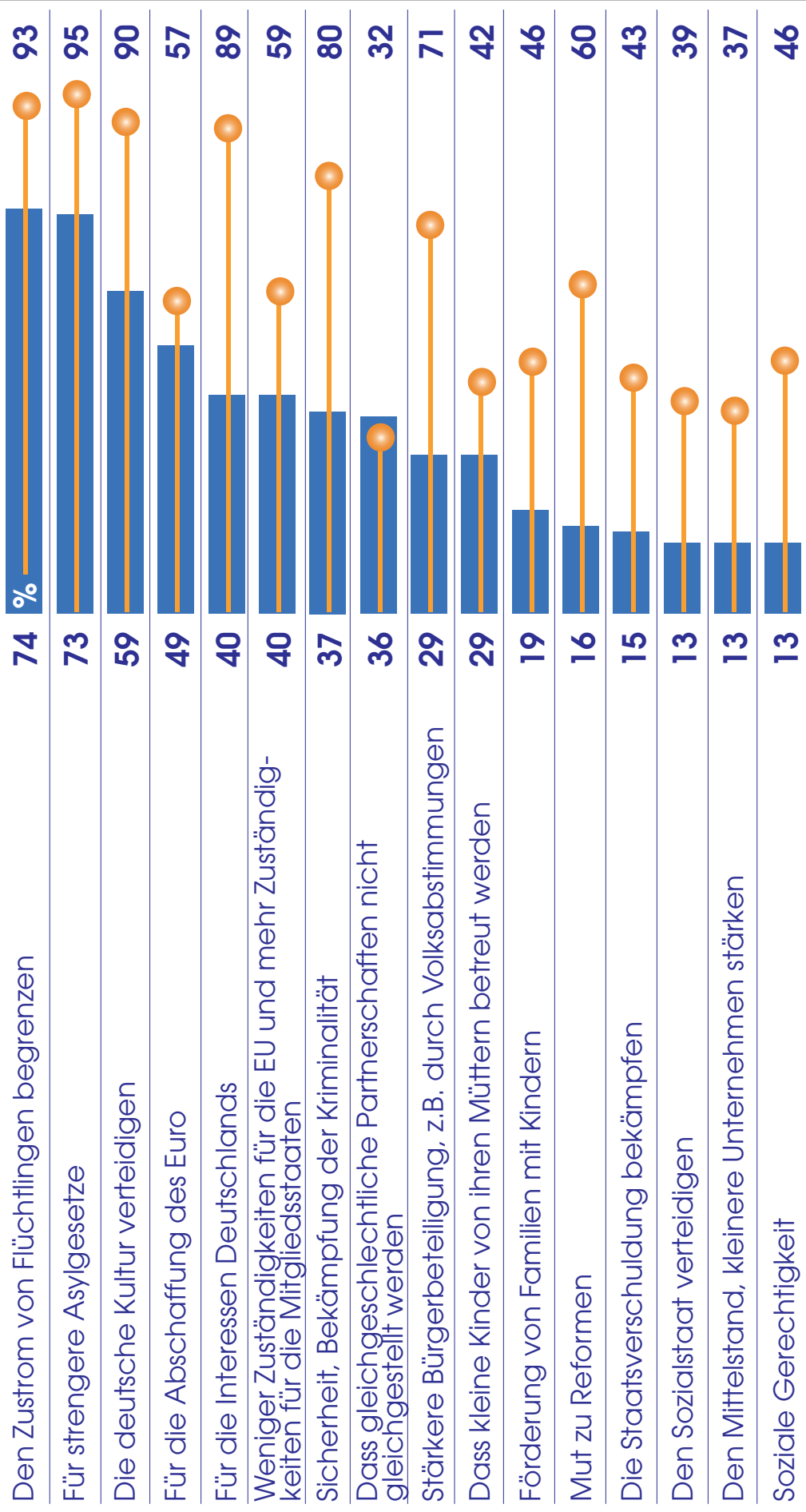


# Die Agenda der AfD

Frage: "Wofür steht die 'Alternative für Deutschland' für Deutschland' besonders ein?"

Anhänger der AfD

Bevölkerung insgesamt



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11054

# Einschätzung der AfD

Frage: "Halten Sie die 'Alternative für Deutschland', die AfD, für eine normale demokratische Partei, oder haben Sie da Zweifel?"

	2015	2016
	%	%
<b>Normale, demokratische Partei</b>	<b>22</b>	<b>17</b>
<b>Habe Zweifel</b>	<b>62</b>	<b>68</b>
<b>Unentschieden, keine Angabe</b>	<b>16</b>	<b>15</b>
	100	100

# Personen versus Programme

Frage: "Hier unterhalten sich zwei darüber, was bei der Bewertung einer Partei wichtiger ist – das Parteiprogramm oder die Personen, die die Partei vertreten. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?"

	Bevölkerung insgesamt	West- deutschland	Ost- deutschland
	%	%	%
"Mir ist das Programm einer Partei weniger wichtig als die Personen, die die Partei vertreten. Eine Partei muss kompetente Politiker haben, denen ich vertrauen kann."	<b>41</b>	<b>40</b>	<b>45</b>
"Für mich ist das Programm der Partei entscheidend. Natürlich sind Personen nicht unwichtig, aber sie stehen bei meiner Bewertung der Partei nicht an erster Stelle."	<b>46</b>	<b>49</b>	<b>33</b>
Unentschieden, keine Angabe	<b>13</b>	<b>11</b>	<b>22</b>
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11054

Veröffentlichung in der  
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 92  
vom 20. April 2016, S.8, unter dem Titel:

"Umbrüche im Parteienspektrum. Nichts ist für die  
Ewigkeit, schon gar nicht in der Politik. Deshalb ist  
ein Abgesang auf die Volksparteien noch längst  
nicht angebracht."